

LESERBRIEF ZUR BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VORFÄLLE AUS GRAMASTETTEN, LINZ-URFAHR

Liebe Republik Österreich, sehr geehrter Hr. Bundespräsident, sehr geehrte Regierende in Bund und Ländern, sehr geehrte Journalisten und Journalistinnen, liebe sonstige Verantwortliche,

Kinder haben Rechte!

Unsere Republik hat sich 1989 mit dem Rest der Welt (außer Somalia und den USA) verpflichtet, die Kinderrechtskonvention einzuhalten und in Österreich umzusetzen. Kinder dürfen darauf vertrauen.

Können sich Kinder darauf verlassen, dass Sie, liebe Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat, ihre Interessen bei der Erlassung der Gesetze einfließen lassen?

Können sich Kinder darauf verlassen, dass Sie, liebe Regierungsmitglieder, Ihre politische Verantwortung für finanzielle, strukturelle und inhaltliche Rahmenbedingungen wahrnehmen, um das Kindeswohl optimal zu gewährleisten?

Können sich Kinder darauf verlassen, dass sich Mutter und Vater liebevoll um sie sorgen, ihre Persönlichkeitsentfaltung fördern, ihnen Geborgenheit und Freiheit geben?

Können sich Kinder darauf verlassen, dass sie durch die öffentliche Jugendwohlfahrt – z. B. vor Verwahrlosung, medialer Ausbeutung, sozialer Ausgrenzung oder Vereinsamung – geschützt sind, wenn das familiäre Umfeld dazu nicht mehr in der Lage ist?

Wir sind der Meinung, Kinder können sich nicht darauf verlassen. Das schließen wir aus den Informationen und der Berichterstattung der letzten Tage sowie aus unseren beruflichen Erfahrungen der vergangenen Jahre.

Wir sind der Meinung, Kinder sind stark. Eine verlässliche Partnerschaft mit ihnen braucht Information. Das heißt – unter anderem – umfassende Kenntnisse der Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Liebe Frau Bundesministerin für Justiz, das bedeutet eine Durchforstung der gesamten österreichischen Rechtsordnung auf kinderrechtsrelevante Bereiche, ihre Überprüfung und die notwendige Anpassung an die Kinderrechtskonvention. Das ist ein Großprojekt wie etwa der Koralmtunnel.

Zur Umsetzung der Kinderrechte, liebe Frau Bundesministerin für Kinder und Jugend, existiert bereits ein umfangreicher (über 300 Seiten!) Nationaler Aktionsplan in Ihrer Schublade. Eine sehr große Runde namhafter engagierter Verantwortlicher von öffentlichen und privaten Organisationen haben mehr als zwei Jahre daran gearbeitet. Leider drangen bis jetzt nur 80 Seiten davon an die Öffentlichkeit. Muss das Rad (wieder einmal) neu erfunden werden? Eine verlässliche Partnerschaft braucht es unseres Erachtens zusätzlich Partizipation. Primär bedeutet das, Kinder zu hören und Kindern zuhören. Wir schlagen daher für alle Menschen, die mit Kindern arbeiten – z. B. Journalisten, Politikerinnen, Gerichtspersonal, Exekutive, Ärztinnen, Sozialarbeiter, Pädagoginnen, Therapeuten usw. – entsprechende „(Ge)-Hör-Schulen“ vor. Zur

Partizipation gehört naturgemäß das Gespräch und für alle Gesprächspartner verständliche Inhalte und Formulierungen.

Wir fragen uns, wie sich Kinder fühlen, deren Schicksal in den Medien ausgeschlachtet wird und deren Leid von uns und Ihnen, liebe Expertinnen und Experten, nicht zu verhindern war.

Wir sind der Meinung, Kinder brauchen Väter und Mütter, die auch bei und nach einer Trennung im Rahmen ihrer Elternschaft ein Team bleiben; die einander gegenseitig unterstützen oder die für den anderen bzw. die andere wenn nötig einspringen.

Liebe Verantwortliche, wem dient die Stigmatisierung psychisch Kranker (Eltern)? Wem dienen Schuldzuweisungen?

Etwa den Auflagen und Quoten? – Sicher nicht jedoch der Jugendwohlfahrt, die bloß dann in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, wenn Kinder unvorstellbar verletzt werden. Den Eisberg, der unter diesen für die Öffentlichkeit „sichtbaren Spitzen“ liegt, sieht man und frau nicht.

Wir sind der Meinung, die Jugendwohlfahrt gehört abgestaubt und ihre Aufgaben ins rechte Licht gestellt. Liebe Medienvertreterinnen, nehmen Sie doch auch Erfolgsgeschichten in den Mund und berichten Sie umfassend über die beträchtlichen Leistungen der öffentlichen und privaten Jugendwohlfahrt. Diese Leistungen erbringen engagierte Menschen – oft leider betroffen von emotionaler Ausbeutung – mit denkbar knappen Mitteln im Verhältnis zu Ihrer Verantwortung. Wenn Sie Skandale entdecken und aufzeigen, lassen Sie, liebe Journalisten, die Kinder „aus dem Kraut“.

Liebe Sozialpolitiker, liebe Sozialpolitikerinnen, wir schlagen vor: Investieren Sie in eine wirksame Imagekampagne und „promoten“ Sie den Berufsstand der „JugendfürsorgerIn“. In der Jugendwohlfahrt arbeiten nämlich „echt coole Leute“ auf die man und frau sich verlassen können.

Für all das braucht es kluge Köpfe mit Herz, Zeit und Geld. Lieber Herr Bundesminister für Finanzen, greifen Sie tief in die Kasse – für Kinder!

Eine Entschuldigung jedoch kostet keinem von uns und jedem bzw. jeder einzelnen Verantwortlichen einen Cent. Und diese Entschuldigung haben wir in der bisherigen Berichterstattung vermisst. Daher ist es uns wichtig an dieser Stelle zu sagen: Liebe Kinder, es tut uns leid. Wir werden uns weiter bemühen, dass, was euch geschehen ist, in Zukunft seltener passiert!

JuRE - Team

Mag^a Claudia Holzer

Mag^a Marianne Litzenberger-Kamerhuber

Mag^a Alexandra Murg-Klenner

MMag. Gerald Pfisterer

Wien / Salzburg / Judenau

JuRE – Recht in der Jugendwohlfahrt, Kooperationsprojekt von Pro Juventute, Rettet das Kind, SOS-Kinderdorf, www.ju-quest.at/jure

Für Rückfragen: 01 / 368 31 35 – 49 (Büro SOS-Kinderdorf)